

Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 2/07 (März bis April 2007)

Fortdauernde und verstärkte Auslandseinsätze des deutschen Militärs

Am 9. März beschloss der Bundestag den Einsatz von sechs Tornado-Kampfflugzeugen in Afghanistan, die zu Spionageflügen verwendet werden sollen. Die Verlegung der Flugzeuge erfolgte Anfang April. Insgesamt werden für diesen Einsatz 500 weitere deutsche Soldaten in Afghanistan stationiert. Zur Zeit befinden sich bereits 2.900 deutsche Soldaten im Land. Ende März forderte der führende SPD-Politiker Klose die Bundesregierung auf, Kampftruppen nach Afghanistan zu entsenden.

(FR 10.03.07, jW 14.03, 29.03.07)

Der Einsatz deutscher Soldaten in Sudan wurde Ende April durch den Bundestag bis Mitte November dieses Jahres verlängert. Derzeit befinden sich 39 Soldaten der Bundeswehr und fünf deutsche Polizisten im Land. Anfang März sprach sich Kriegsminister Jung für einen Militäreinsatz in der Provinz Darfur aus. (FR 28.04.07, jW 02.03.07)

Die deutschen Truppen in Kosova wurden Anfang April um weitere 500 Soldaten verstärkt. Damit befinden sich über 2.900 Soldaten der Bundeswehr in diesem Gebiet. (taz 03.04.07)

Im Jahre 2006 betragen die Gesamtkosten der Auslandseinsätze der deutschen Armee insgesamt 894 Millionen Euro. (taz 23.04.07)

Polizeitruppe gegen Flüchtlinge im Aufbau

Die Innenminister der EU beschlossen am 20. April den Aufbau einer 450 Personen starken Polizeitruppe, die im Rahmen der europäischen Grenzschutzbehörde Frontex auf Anforderung den Staaten zur Verfügung gestellt wird, die verstärkt gegen Flüchtlinge vorgehen wollen. Deutschland ist an der Sondertruppe führend beteiligt und stellt 100 Polizisten zur Verfügung, die eine Spezialausbildung erhalten sollen. Insgesamt stehen der Polizeitruppe 116 Schiffe, 27 Hubschrauber und 21 Flugzeuge zur Verfügung, auf die sie nach Bedarf zurückgreifen kann.

(FR 21.04.07)

Anfang März begann in Lübeck die deutsche Bundespolizei die Ausbildung von Grenztruppen aus sämtlichen EU-Staaten, die an den europäischen Außengrenzen zur Flüchtlingsabwehr stationiert werden sollen. (PB 09.03.07)

Kampf von Flüchtlingen gegen Frontex

Anfang April wollte ein spanisches Schiff der Frontex-Behörde vor der mauretanischen Küste ein Boot mit Flüchtlingen abfangen. Die afrikanischen Flüchtlinge bewarfen das Schiff mit Brandsätzen und stachen auf ein Schlauchboot ein, mit dem die Polizei versuchte sich dem Flüchtlingsschiff zu nähern. Die Polizei flüchtete und überwachte die Afrikaner aus der Luft. Erst vor Gran Canaria gelang es der spanischen Küstenwache das Boot zu entern. Die 57 Flüchtlinge wurden einzeln an einem Beamten vorbeigeführt, der einzelne herauswinkte, die dann umgehend eingesperrt wurden. Ihnen droht nun ein Prozess wegen des Angriffs auf das Schiff der EU-Behörde.

Dieser Angriff auf die Polizei war der erste bekannt gewordene militante Kampf von Flüchtlingen an den Außengrenzen der EU gegen das europäische Grenzregime.

Im Februar wurden 369 Flüchtlinge von der spanischen Polizei in einem ehemaligen Fischlager interniert, um sie nach und nach abzuschließen. 23 Flüchtlinge befinden sich immer noch dort. Am 7. April begannen sie einen Hungerstreik, um gegen ihre unerträgliche Lage zu protestieren. (taz 11.04.07)

Zu den Zuständen in der Bundeswehr

Mitte April wurde ein Video öffentlich bekannt, in dem ein Soldat bei einer Schießausbildung aufgefordert wurde, sich vorzustellen, er sei in der Bronx und schieße auf Afroamerikaner. (jW 16.04.07)

Mitte März wurde bekannt, dass eine Nazi-Band sich für einen Auftritt im April vorbereitete, der auf dem Gelände des Bundeswehr-Fliegerhorstes in Leipheim stattfinden soll. (jW 20.03.07)

In Dresden wurden Anfang April an der Heeres-Offizierschule eine Hakenkreuz-Fahne und eine Reichskriegsflagge aufgehängt und waren durch ein Fenster über mehrere Stunden von außen sichtbar gewesen. Die Fahnen dienten der „politischen Bildung“ der Soldaten. (FR 12.04.07)

Suizid eines aus Deutschland abgeschobenen Flüchtlings

Im März 2002 wurde die aus Rumänien stammende Familie Mogo aus Deutschland abgeschoben, wo sie seit 1990 lebten. Während der Abschiebung bedrohten BGS-Beamte den Vater mehrmals mit einer Pistole und legten ihn und seine drei Kinder in Handschellen. Die Familie weigerte sich in Rumänien einzureisen. Da sie bereits vor der Abschiebung ihre Pässe abgaben, galten sie als Staatenlos. Seit ihrer Abschiebung lebten sie in einer Hütte im Transitbereich eines Bukarester Flughafens. Ende März wurde bekannt, dass der Vater sich Mitte des Monats dort erhängt hat. (FR 26.03.07)

Hartz IV

Die WASG, die mit Parolen wie „Weg mit Hartz IV“ und „Keine Ein-Euro-Jobs“ in der Öffentlichkeit auftritt, zog im September letzten Jahres in Berlin-Kreuzberg/Friedrichshain ins Bezirksparlament ein. Unter ihnen eine Frau Waldkat, die gemeinsam mit ihrem Mann, der ebenfalls kandidierte, seit 2004 eine private Beschäftigungsagentur betreibt, die „Ein-Euro-Jobber“ vermittelt. Die Vermittlung erfolgt mit der üblichen Drohung einer Meldung beim Jobcenter bei Nichtantritt der Zwangsarbeit. Im Wahlkampf wurden von den Waldkats diesbezügliche Fragen nicht beantwortet. Mittlerweile erörtert die WASG-Fraktion im Bezirksparlament die Frage nach der Möglichkeit für den „unterstützten Einsatz“ von Ein-Euro-Jobbern. (jW 17.04.07)

Streiflichter des täglichen Arbeitsplatzabbaus

Der Airbus-Konzern streicht 3.700 Arbeitsplätze – europaweit 10.000, davon allein in Frankreich 4.300. Der Bayer-Konzern baut hierzulande 1.500 Arbeitsplätze ab – weltweit 6.100. Der Versicherungskonzern AMB Ge-

nerali wird bis Ende 2008 1.000 Stellen zusätzlich streichen. Der Arzneimittelhersteller Nycomed streicht in Deutschland 930 Arbeitsplätze – weltweit 1.250. Der Versicherungskonzern Axa streicht bis Ende 2009 1.200 Stellen. Siemens will, laut IG-Metall, durch Schließung mehrerer Produktionsstandorte bis zu 5.000 Stellen in Deutschland streichen. (taz 01.03, 03.03, 05.04.07, FR 15.03, 22.03, 26.04.07)

Weiter steigende Kinderarmut

Allein von 2005 bis 2006 stieg die Zahl der von Sozialleistungen abhängigen Minderjährigen um über 10 Prozent auf knapp 1,9 Millionen. Das entsprach etwa 16 Prozent aller in Deutschland lebenden unter 15jährigen. (jW 24.04.07)

Weiter steigende Strompreise

Seit dem Jahr 2000 stieg der Strompreis um 46 Prozent. Ein Ende der Steigerung ist nicht abzusehen. Der Chef des Energiekonzerns Eon kündigte Ende März an, die „Stromkunden“ müssen sich auf erhebliche Kostensteigerungen vorbereiten. Eon hatte zuletzt für die versuchte Übernahme des spanischen Energiekonzerns Endesa 42 Milliarden Euro geboten. (taz 26.03.07, FR 17.04.07, jW 04.04.07)

Huldigung eines Nazi-Richters

Anfang April starb der berüchtigte Nazi-Richter, Angehöriger der SA und ehemalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg Filbinger. Von 1943 an war er in 169 Verfahren als Marinerichter und in 69 Verfahren als Ankläger für Nazi-Deutschland tätig. Er verhängte Gefängnisstrafen und Todesurteile bis zum Kriegsende und darüber hinaus. Noch am 1. Juni 1945 verurteilte er einen Matrosen wegen „Fahnenflucht“ zu über einem Jahr Gefängnis.

Abonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse

ca. 150 Seiten, DIN A4, 6 €

Der Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- Deutscher Imperialismus nach außen (militärische/politisch/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
- Deutscher Imperialismus nach innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- Kämpfe und Proteste in Deutschland
- Kämpfe und Proteste international

zu bestellen bei:
Buchladen Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23
60327 Frankfurt/M.
Fax: 069/730920

Oettinger, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, hielt einen Nachruf auf den Nazi-Richter. In diesem behauptete er, Filbinger sei ein Nazi-Gegner gewesen, niemand sei durch ein Urteil von ihm ums Leben gekommen und er sei „eine herausragende prägende Persönlichkeit“. Erst nach mehreren Tagen – in denen er unterstützt wurde von der CDU, der NPD und den „Republikanern“ –, infolge breiter öffentlicher Kritik, distanzierte Oettinger sich formal von seinem Nachruf. (jW 04.04, 17.04, 25.04.07, FR 13.04.07)

Ein Gerichtsurteil zur Nazi-Zwangsarbeit

In Leipzig hat das Bundesverwaltungsgericht am 28. Februar über die Entschädigung für ein Grundstück entschieden, welches 1949 enteignet wurde. Der Besitzer hatte eine leitende Stellung in einem Nazi-Rüstungsbetrieb, in dem Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene arbeiten mussten. Laut Gerichtsurteil lag bei dieser Zwangsarbeit angeblich kein Verstoß gegen „Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit“ vor, die Umstände der Rekrutierung der Zwangsarbeiter spielen angeblich keine Rolle und die Unterstützung des Ziels, den Krieg zu gewinnen, bedeutet angeblich nicht, dass der Rüstungsbetrieb dem Nazi-System erheblich Vorschub geleistet hätte. (jW 03.03.07)

Antisemitismus bei der Polizei

Ende Februar wollte Isaak Behar in der Berliner Landespolizeischule eine Klasse über den Holocaust unterrichten. Der 83jährige, der den Holocaust überlebte, verlor seine gesamte Familie in Auschwitz. Die zukünftigen Polizisten – alle – erklärten ihm kurzerhand, sie wollten darüber nichts hören. Einzelne fügten noch hinzu, dass Juden damals reiche Menschen gewesen seien. Das anwesende Aufsichtspersonal hüllte sich in Schweigen. (taz 21.03.07)

Michel Friedman, der ehemalige Vizepräsident des Zentralrates der Juden, bekam während seine Amtszeit von Staats wegen Personenschützer gestellt. Wie Mitte März bekannt wurde, waren mehrere dieser Personenschützer Nazis gewesen. Einer posierte in SS-Uniform und verteilte „im Namen des Führers“ Urkunden an andere Personenschützer, ein anderer sammelte Nazi-Lieder, ein dritter leugnete den Holocaust. Der Dritte wurde nach seiner Leugnung des Holocaust als Personenschützer abgesetzt und arbeitet heute als Polizeiausbilder. (jW 15.03.07, taz 22.03.07)

Kurze Ausschnitte des täglichen Nazi-Terrors

Am 22. Februar wurde in **Krefeld** (Nordrhein-Westfalen) ein Afrikaner von zwei Nazis rassistisch beleidigt und anschließend in einer Straßenbahn mit einer Flasche geschlagen und dabei schwer verletzt.

Ebenfalls schwer verletzt wurde am 10. März in **Dahlwitz-Hoppegarten** (Brandenburg) ein dunkelhäutiger Berliner, der von mehreren Nazis rassistisch beschimpft und anschließend geschlagen wurde.

In einer S-Bahn zwischen **Berlin** und **Henningendorf** (Brandenburg) wurde in der Nacht zum 31. März ein 56jähriger aus Burundi von mehreren Nazis überfallen. Das Opfer wurde am nächsten Morgen desorientiert in Henningendorf aufgefunden. Im Krankenhaus stellte man schwere Kopfverletzungen an ihm fest. Er verlor dort das Bewusstsein und lag noch Mitte April im Koma.

Während einer Antifa-Demo Mitte April in **Wismar** (Mecklenburg-Vorpommern) beschossen Nazis die Antifaschistinnen und

Antifaschisten mit Schleudern, die mit Stahlkugeln versehen waren. Ein Antifa wurde dadurch am Kopf verletzt.

Am 20. April wurde in **Prenzlau** (Brandenburg) ein Mann aus Indien von einem Nazi so schwer zusammengeschlagen, das gegen den Nazi Haftbefehl wegen versuchten Mordes beantragt wurde.

(Jungle World 07.03, 21.03, 11.04, 25.04.07, jW 16.04.07, FR 28.04.07)

Nazi-Wehrlager

Eine Nazi-Gruppe hatte im Juli letzten Jahres in **Wilsun** (Niedersachsen) in einem Camp für den „nationalen Kampf“ trainiert. Im Camp standen Wegweiser mit Aufschriften wie „Wolfsschanze“ oder „Hitlerjugend“. Geübt wurden u. a. der Umgang mit Schusswaffen. Auf Fotos dokumentiert ist auch eine Scheinhinrichtung mit einer Machete. Ende April wurde bei 26 Nazis, die an dem Camp teilnahmen, eine Razzia durchgeführt. Die Nazis im Alter von 15 bis 51 Jahren verfügten über scharfgemachte Maschinengewehre, Pistolen, Kleinkalibergewehre, Fallbomben, Munition, Macheten, Wurfsterne und Totschläger. (taz 28.04.07)

Nazi-Terror in Zahlen

Nach offiziellen Angaben stieg im Jahre 2006 die Zahl der Nazi-Straftaten gegenüber dem Vorjahr um 14 Prozent. Insgesamt wurden über 18.100 Nazi-Straftaten registriert, davon über 1.100 Gewalttaten. (taz 02.04.07)

Im Januar diesen Jahres wurden nach offiziellen vorläufigen Angaben 900 Nazi-Straftaten verübt. (jW 19.03.07)

Ausschnitte von Anti-Nazi-Kämpfen

Im Dorf **Gonzerath** (Rheinland-Pfalz) – ein Örtchen mit 1.200 Einwohnern – protestierten am 3. März 2.000 Menschen gegen ein Schulungszentrum der NPD. Fast die gesamte Ortsbevölkerung nahm an der Demo teil. Eine antifaschistische Resolution der Bevölkerung hing in allen Geschäften und öffentlichen Gebäuden aus. An vielen Häusern hingen Transparente gegen die Nazis. Noch vor einer antifaschistischen Kundgebung demonstrierten die Einwohner spontan durch den Ort; an der Spitze die Freiwillige Feuerwehr. Angesichts dieser Proteste mussten die Nazis die Einweihungsfeier ihres Zentrums absagen.

1.800 Schülerinnen und Schüler demonstrierten am selben Tag in **Köln** gegen den Nazi-Verein „Pro-Köln“.

Ebenfalls am 3. März protestierten mehrere hundert Antifas auf zwei Kundgebungen gegen einen „Heldengedenken“ von 300 Nazis in **Halbe** (Brandenburg), wo 20.000 Nazi-Soldaten begraben liegen.

Gegen einen Aufmarsch von 170 Nazis in **Minden** (Nordrhein-Westfalen) demonstrierten am 17. März 1.000 Menschen. 850 Polizisten schützten den Nazi-Aufmarsch. Eine Antifa-Blockade wurde über mehrere Stunden von der Polizei eingekesselt.

In **Lübeck** protestierten 4.000 Menschen Ende März gegen einen Aufmarsch von 300 Nazis, der von 1.700 Polizisten geschützt wurde. Mehrmals gelang es den Nazi-Aufmarsch durch Blockaden zu stoppen.

Am selben Tag versammelten sich in **Dortmund** 1.000 Antifas zum Gedenken an den vor zwei Jahren von Nazis ermordeten Thomas Schulz.

500 Schülerinnen und Schüler demonstrierten am 20. April in **Butzbach** (Hessen) gegen die Nazi-Aktivitäten im Landkreis.

In **Essen** demonstrierten am 21. April 600 Menschen gegen einen Aufmarsch von 120 Nazis.

Gegen einen Aufmarsch von 100 Nazis protestierten am 28. April in **Paderborn** 2.000 Menschen.

(taz 03.03, 05.03, 23.04, 30.04.07, jW 05.03, 19.03.07, anna 08.03.07, FR 21.04.07)

Militante Kämpfe in Dänemark

Am 1. März überfiel die Polizei in Kopenhagen mit Hubschraubern ein Jugendzentrum um es zu räumen. Anschließend kam es in der Stadt zu schweren, über mehrere Tage andauernden Kämpfen zwischen den Jugendlichen und der Polizei. Die Polizei ging dabei mit großer Brutalität vor. Innerhalb weniger Tage wurden 670 Jugendliche, teilweise erst 13 Jahre alt, und auch Eltern, die gegen das Vorgehen der Polizei protestierten, festgenommen. 140 der Festgenommenen kamen aus anderen Ländern, die angereist waren, um die dänischen Jugendlichen zu unterstützen. Neben dem Jugendzentrum wurden in diesen Tagen noch zehn weitere Häuser geräumt.

Europaweit versammelten sich tausende Jugendliche in den Tagen nach der Räumung zu Solidaritäts- und Protestdemonstrationen mit teilweise militantem Charakter, so in Amsterdam, in Oslo und in Bern. Auch in Deutschland kam es in diesem Zusammenhang in vielen Städten zu großen Demonstrationen und zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. (FR 02.03.07, taz 05.03, 12.03.07, jW 09.03.07)

Bewaffnete Kämpfe in Indien

Im März stürmten im indischen Bundesstaat Chhattisgarh hunderte revolutionäre Kämpferinnen und Kämpfer ein Polizeilager, setzten es mit Handgranaten und Benzinbomben in Brand und erbeuteten Waffen und Sprengstoff. 49 Soldaten und Polizisten kamen dabei ums Leben. (taz 16.03.07)

In Nandigram, im Bundesstaat Westbengalen, verschärfen sich die Proteste der Bäuerinnen und Bauern gegen die Enteignung ihres Landes zugunsten einer Chemiefabrik. Seit Januar diesen Jahres hatten sie die Zufahrtsstraßen zum Ort durch Barrikaden gesperrt. Im März ließ die Landesregierung, eine Koalition der revisionistischen „Kommunistischen Partei Indiens – Marxisten“ (CPI-M) und weiterer revisionistischer Organisationen, 5.000 Polizisten gegen die Protestierenden aufmarschieren, die sich mit Steinwürfen gegen den Angriff wehrten. Insgesamt kamen zwölf der Protestierenden ums Leben, 50 wurden verletzt. Bereits im Januar kamen bei ähnlichen Kämpfen fünf Protestierende ums Leben. Nach den militanten Kämpfen gab die Landesregierung bekannt, die Chemiefabrik nicht in dieser Region zu errichten. (Jungle World 21.03, jW 16.03.07)

Abkürzungen: FR (Frankfurter Rundschau), jW (junge Welt), taz (die tageszeitung), anna (antifaschistische nachrichten).